

TOP	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	I. Öffentliche Sitzung		
1.	Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 23.09.2010 31 F 325/10	4	
2.	Anerkennung der „Systemischen Jugend- und Familienhilfe Brühl - gemeinnützige GmbH“ als Träger der freien Jugendhilfe	4	127/93 I
3.	Perspektivische Bedarfsplanung für die Kindergartenjahre 2015-2020	4-5	48/88 cs
4.	Anträge	6	
4.1	Aufbau eines Netzwerkes gegen Kinderarmut in der Stadt Brühl; hier: Antrag der CDU vom 26.11.2010	6	48/88 cn
4.2	Erstellung eines Konzeptes der mobilen Jugendarbeit; hier: Antrag der Fraktion „Die Grünen“ vom 23.11.2010	6-7	99/88 ag 99/88 ah
5.	Mitteilungen	7	
5.1	Betreuungszeiten nach dem Kinderbildungsgesetz in Brühler Tageseinrichtungen	7-8	48/88 cv
5.2	Hilfen zur Erziehung; hier: Rückkehrmanagement – Fallführung stationärer Maßnahmen mit Rückkehroption	8	57/06 p
5.3	Rahmenvereinbarungen zwischen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe im Rhein-Erft-Kreis und dem Schulamt des Rhein-Erft-Kreises	9	35/10 a
5.4	Offene Ganztagschule im Primarbereich; hier: Jahresberichte der OGS-Träger für das Schuljahr 2009/2010	9-11	24/03 be
5.5	Offene und mobile Jugendarbeit; hier: Jahresbericht des Arbeiter-Samariter-Bundes über die Jugendeinrichtungen „Passwort Cultra“ und „City-Treff“	11-12	39/95 v
5.6	Spielraumplanung in Brühl; hier: Maßnahmenplanung 2011	12	149/88 eu
6.	Anfragen	13	
6.1	Anfrage Ratsherr Dr. Petran (SPD) in der Ratssitzung vom 08.11.2010 - Belästigung einer Brühler Bürgerin	13	99/88 ai
6.2	Anfrage der Freien Wähler/Bürger/Vereinigung Brühl vom 31.10.2010 - Sicherung des Kindeswohl in Vollzeitpflege	13	128/89 ab 128/89 ac
6.3	Multicenter-Projekt „Kinder ZUKUNFT NRW“ Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne) Sie bitte um nähere Erläuterung des Projektes	13	
6.4	Sozialkonferenz Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne) Sie bittet um einen Erfahrungsbericht aus den Sozialkonferenzen	13	
6.5	Staatsanwalt vor Ort Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne) Sie bitte um Auskunft, ob und wann der „Staatsanwalt vor Ort“ im Ausschuss berichten wird.	14	

6.6	Folgekosten für die Auslagerung der Jugendverbände Anfrage Ratsherr Weitz (SPD) Er bittet um Beantwortung seiner bisherigen Anfragen	14	
6.7	Entziehung der Berechtigung zur Kindertagespflege Anfrage Ratsherr Weitz (SPD) Er fragt nach, ob in Brühl jemanden die Pflegeerlaubnis entzogen wurde.	14	
6.8	Entfristung Arbeitsverträge in Kindertageseinrichtungen Anfrage Ratsherr Weitz (SPD) Er bittet um Mitteilung, ob und welche bisher befristeten Arbeitsverträge entfristet wurden	14	
II. Nichtöffentliche Sitzung			
7.	Hilfe zur Erziehung; hier: Vergabe von ambulanten Jugendhilfeleistungen gemäß §§ 27, 29-31 und 35 SGB VIII	14-15	57/06 q
8.	Mitteilungen	15	
9.	Anfragen	15	

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass zu der Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde. Änderungswünsche zu der Tagesordnung bestehen nicht.

1. **Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 23.09.2010**

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 23.09.2010 werden keine Einwände erhoben.

2. **Anerkennung der „Systemischen Jugend- und Familienhilfe Brühl - gemeinnützige GmbH“ als Träger der freien Jugendhilfe - Vorlagen-Nr. 127/93 I**

Zu dem Tagesordnungspunkt begrüßt die **Vorsitzende** die Geschäftsführerin der „Systemischen Jugend- und Familienhilfe Brühl“ Frau Krah.

Frau Krah stellt persönlich die „Systemische Jugend- und Familienhilfe Brühl“ vor. Danach stellt sie sich den Fragen des Ausschusses.

Frau Meyer (Kinderschutzbund) erkundigt sich danach, wie viele der fünfundzwanzig Familien in ambulanter Hilfe aus dem Stadtgebiet von Brühl kommen.

Frau Krah (Systemische Jugend- und Familienhilfe Brühl) teilt mit, dass es sich hier um ca. sechs bis sieben Familien aus Brühl handelt.

Die **Vorsitzende** bedankt sich bei **Frau Krah (Systemische Jugend- und Familienhilfe Brühl)** für ihren informativen und ausführlichen Bericht.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss erkennt die „Systemische Jugend- und Familienhilfe Brühl“ als örtlichen Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII an.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. **Perspektivische Bedarfsplanung für die Kindergartenjahre 2015 - 2020 - Vorlage 48/88 cs**

Sachkundiger Bürger Wasem (CDU) bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Vorlage.

Zur Vorlage selbst fragt er nach, ob es tatsächlich zutrifft, dass die dort aufgeführte Inanspruchnahmequote der 3-6-Jährigen von 97 % auf 100 % ansteigen wird. Hierzu führt die **Vorsitzende** aus, dass tatsächlich diese Quote erreicht werden soll.

Ratsherr Weitz (SPD) bedankt sich ebenfalls für die Vorlage der Verwaltung, insbesondere begrüßt er, dass im Maßnahmenkatalog aufgeführt ist, dass die Kindergartengruppe in Schwadorf erhalten bleiben soll. Hierzu hätte er doch seitens der Verwaltung noch einige konkrete Informationen.

Erster Beigeordneter Brandt nimmt hierzu Stellung und verweist auf seine Ausführungen im letzten Jugendhilfeausschuss. Darin hätte er darauf hingewiesen, dass sowohl der Jugendhilfeausschuss als auch alle anderen beteiligten Stellen

über den aktuellen Sachstand informiert werden, sofern sich hier Veränderungen ergeben. Derzeit besteht jedoch nicht die Notwendigkeit einer Information, da man aktuell in Verhandlungen stehen würde.

Über das Ergebnis der Verhandlungen werde in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses berichtet.

Herr Wehrhahn (AWO) erkundigt sich, ob weitere Maßnahmen und Planungen und hier insbesondere im Brühler Süden, vorgesehen sind.

Herr Schmitz (Verwaltung) erklärt hierzu, dass der Brühler Süden weiterhin im Blick steht und auf zukünftige Entwicklungen (z. B. Bautätigkeit) und dem daraus resultierenden Bedarf reagiert wird.

Grundsätzlich erklärt er, dass man bezüglich der Bauentwicklungen bei den Kindertageseinrichtungen in Brühl voll im Soll liegen würde.

Die Vorsitzende führt am Beispiel der Kindertageseinrichtung Clemens-August-Straße aus, dass man bemüht sei, auch Neu-/Umbauten zu realisieren.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) erkundigt sich nach dem unter der Maßnahme 5.1 „Haus für Kinder Vochem“ aufgeführten Verkaufserlös.

Fachbereichsleiter Nahlik erläutert hierzu, dass es sich hierbei um das Grundstück des bisherigen Standortes der Kindertagesstätte handelt, welches voraussichtlich einen Verkaufserlös von 0,15 Mio. € erzielen wird.

Ratsherr Weitz (SPD) erkundigt sich nach der Kindergartengruppe St. Severin in Schwadorf. Aus welchen Gründen dort nur eine befristete Betriebserlaubnis erteilt wurde und weshalb der Jugendhilfeausschuss nicht bereits vorab informiert wurde.

Herr Schmitz (Verwaltung) führt zu der befristeten Betriebserlaubnis aus, dass es sich hierbei um die übliche Vorgehensweise des Landesjugendamtes handelt. Konkret zu der Befristung in der Kita ist festzustellen, dass hier die Planungen für die Gruppen der unter 3-Jährigen noch nicht abgeschlossen war bzw. ist und daher nur eine befristete Betriebserlaubnis erteilt wurde.

Es bestand nicht die Notwendigkeit, den Jugendhilfeausschuss zu informieren.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat:

Der Rat beschließt:

1. den Neu- oder Ausbau der städtischen Kindertageseinrichtung „Haus für Kinder Vochem“ zu einer fünfgruppigen Einrichtung
2. den Aus- und Erweiterungsbau der städtischen Kindertageseinrichtung „Clemens-August-Straße“ zu einer viergruppigen Einrichtung
3. den Erhalt einer Kindertagesgruppe in der katholischen Kindertageseinrichtung „St. Severin“ in Schwadorf

und beauftragt den Bürgermeister mit der konkreten Planung inklusive Kostenrechnung nach DIN 276 für die Baumaßnahme der Kindertageseinrichtung „Haus für Kinder Vochem“ und den Aus- und Erweiterungsbau der Kindertageseinrichtung „Clemens-August“. Die erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 6,4 Mio. € für die beiden Baumaßnahmen werden in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Anträge

4.1 Aufbau eines Netzwerkes gegen Kinderarmut in der Stadt Brühl; hier: Antrag der CDU vom 26.11.2010 - Vorlagen-Nr. 48/88 cd, Vorlage 48/88 cn

Sachkundiger Bürger Wasem (CDU) erkundigt sich nach dem nächsten Termin für die Fachtagung „Arme Kinder? Das geht uns Alle an“ und nach der Verzahnung des Netzwerkes gegen Kinderarmut mit dem Projekt Soziale Stadt Vochem. Zunächst wird seitens der Verwaltung bestätigt, dass zukünftig weitere Einladungen für die Fachtagung versandt werden.

Herr Schmitz(Verwaltung) erklärt zu der Verzahnung, dass eine solche auf jeden Fall vorgesehen ist und auch durchgeführt wird. Da man sich noch in einer Aufbauphase befindet, könne er noch keine konkreten Angaben und Hinweise mitteilen.

Ratsherr Riedel (Linke) verweist auf die Ausführungen von Herrn Professor Butterwegge in der Fachtagung. Insbesondere dessen Hinweis, dass arme Kinder auch arme Eltern haben und hier ein Gesamtpaket zu sehen ist, möchte er, dass dies in die zukünftigen Diskussionen mit einbezogen wird. Im Einzelnen nannte er hier die fehlenden finanziellen Möglichkeiten, an bestimmten Aktivitäten teilzunehmen (Sportvereine, kulturelle Veranstaltungen).

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) fragt nach, wie die Umsetzung und der Aufbau des Netzwerkes konkret aussehen wird (Umsetzung, Ansprechpartner etc.).

Herr Schmitz (Verwaltung) führt hierzu aus, dass die Ansprechpartnerin Frau Vela Sanchez sein wird. Frau Vela Sanchez wird nun den Aufbau konkret umsetzen.

Herr Schmitz (Verwaltung) bittet hier jedoch um etwas Geduld, da umfangreiche Arbeiten (Einbeziehung Kommunikationspartner etc.) zunächst erforderlich sind.

Ratsherr Weitz (SPD) bittet darum, zukünftig Einladungen zu Fachtagungen und Arbeitsgruppen über die einzelnen Ratsfraktionen zu übersenden.

Frau Meyer (Kinderschutzbund) bittet ebenfalls darum, zu den entsprechenden Veranstaltungen Einladungen zu erhalten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis

4.2 Erstellung eines Konzeptes der mobilen Jugendarbeit; hier: Antrag der Fraktion „DieGrünen“ vom 23.11.2010 - Vorlagen-Nr. 99/88 ag und 99/88 ah

Erster Beigeordneter Brandt stellt vorab fest, dass es der Verwaltung nicht leicht gefallen sei, eine ablehnende Vorlage in der Angelegenheit zu fertigen. Insgesamt besteht jedoch aktuell kein Handlungsbedarf. Dennoch sei man stets bemüht, sich an die Veränderungen anzupassen. Insbesondere ist mit dem Träger der Mobilen Jugendarbeit, dem ASB, geklärt, dass Gespräche geführt werden, sobald hier ein aktueller Handlungsbedarf besteht.

In der Vorlage wird auch auf die Definition der mobilen Jugendarbeit Streetwork erklärend eingegangen. Hierzu wird **Herr Schmitz (Verwaltung)** berichten.

Zunächst stellt er fest, dass es sich bei den auf Seiten 2 und 3 unter Pkt. 3 aufgeführten Erläuterungen um ein Zitat aus Wikipedia handelt, welches irrtümlich nicht kenntlich gemacht worden ist. Ferner erläutert er die Notwendigkeit der Abgrenzung aufsuchende Jugendarbeit und Streetwork. Hierzu zitiert er noch

Ausarbeitungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork, welche ebenfalls den Unterschied der aufsuchenden/mobilen Jugendarbeit und Streetwork verdeutlichen. Anhand der Definitionen und der bestehenden Situation in Brühl teilt er mit, dass hier grundsätzlich keine größeren Probleme mit Jugendlichen bestehen würden.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) erklärt den Hintergrund des Antrages ihrer Fraktion. Am Beispiel der Brühler Bürgerin, welche Belästigungen durch Jugendliche gemeldet und um Hilfe gebeten hat, sei man in ihrer Fraktion der Ansicht, dass dies beobachtet werden müsse, ggf. sollte hier auch im Rahmen der bestehenden Ressourcen gehandelt werden. Weiterhin führt sie aus, dass die hervorragende Jugendarbeit in Brühl noch mehr Publik gemacht werden müsste. Unter diesem Hintergrund bedauert sie die ablehnende Vorlage und bittet um Aufklärung, was gegen eine Aufstellung eines Konzeptes spricht.

Ratsherr Weitz (SPD) schlägt vor, zunächst nicht über die Vorlage abzustimmen und die Thematik in der Arbeitsgruppe Jugendarbeit nochmals zu diskutieren.

Herr Kasiske (Stadtjugendring) unterstützt diesen Antrag; zu der Gesamthematik führt er noch aus, dass er darüber verwundert sei, dass der Eindruck entstanden ist, dass Jugendliche im öffentlichen Raum stören würden. Dies könnte sich dann auch auf Sportvereine, andere Vereine etc. ausweiten.

Vorsitzende Küster (CDU) gibt zu bedenken, dass man wohl im Einzelfall auf Kinder und Jugendliche regelnd zugehen müsse.

Sachkundiger Bürger Waasem (CDU) schließt sich den Anträgen von **Ratsherrn Weitz (SPD)** und **Herrn Kasiske (Stadtjugendring)** an. Dennoch bittet er, zukünftig zu reagieren, sofern ein Bedarf für die mobile Jugendarbeit besteht.

Erster Beigeordneter Brandt teilt mit, dass dies auch die Intension der Verwaltung sei. Aktuell bestehe jedoch kein zusätzlicher Bedarf in der mobilen Jugendarbeit.

Vorsitzende Küster (CDU) stellt den Antrag von **Ratsherrn Weitz (SPD)** zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss verweist den Antrag der Fraktion „Die Grünen“ in die Arbeitsgruppe Jugendarbeit.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Mitteilungen

5.1 Betreuungszeiten nach dem Kinderbildungsgesetz in Brühler Tageseinrichtungen **- Vorlagen-Nr. 48/88 cv**

Ratsherr Weitz (SPD) bittet darum, darzustellen, in welcher Weise der Bedarf für die Öffnungszeiten in den einzelnen Kindertageseinrichtungen ermittelt wird (schriftliche Abfragen, mündliche Nachfrage bei Elternabenden etc.).

Konkret fragt er bezüglich der Öffnungszeiten des Familienzentrums Merseburger Straße nach, aus welchem Grund dort einige Zeiten in den Sommerferien und ein Tag an Karneval nicht geöffnet ist.

Herr Schmitz (Verwaltung) antwortet auf die Anfrage und teilt mit, dass grundsätzliche von Seiten der Verwaltung die großzügigen Öffnungszeiten positiv gesehen werden. Speziell im Familienzentrum Merseburger Straße habe man in

den vergangenen Jahren den Bedarf erfragt und aufgrund des gemeldeten Bedarfs (zwanzig Eltern) entsprechendes Personal zur Verfügung gestellt. Leider waren jedoch ständig viel weniger Kinder zu den angemeldeten Zeiten anwesend. Daher hätte man die entsprechenden Zeiten nun reduziert. Insbesondere angesichts der Tatsache, dass man das eingesetzte Personal dann während der üblichen Öffnungszeiten in Urlaub schicken musste, wäre es zu personellen Engpässen gekommen.

Ratsherr Riedel (Linke) fragt nach, ob es noch realistisch sei, dass die Stundenzahl von 25 noch angeboten würde und nicht doch die höheren Stundenzahlen in Anspruch genommen werden. Weiterhin weist er darauf hin, dass in den Sommermonaten die Ferienzeiten sehr spät sind und bittet darauf zu achten, dass hier eine Betreuung der Kinder sichergestellt ist.

Fachbereichsleiter Nahlik (Verwaltung) teilt mit, dass man seitens der Verwaltung hierauf reagiert habe. Die Kindergartenkinder könnten in der letzten Juliwoche noch weiterhin in den Einrichtungen bleiben und darüber hinaus bietet ein OGS-Träger eine 14-tägige Ferienmaßnahme in den beiden ersten Augustwochen an.

Es würden alle Kinder betreut, für die ein Bedarf in den entsprechenden Zeiträumen im Sommer gemeldet wird.

Ratsherr Weitz (SPD) erkundigt sich nach den Kosten für die 14-tägige Ferienmaßnahme.

Fachbereichsleiter Nahlik (Verwaltung) teilt mit, dass Kosten in Höhe von 90,-- € pro Woche entstehen würden. Die letzte Juliwoche wäre kostenfrei, da die Kosten hierfür über den Kindergartenbeitrag abgedeckt sind.

Herr Schmitz (Verwaltung) teilt zu der Anfrage von **Ratsherrn Riedel (Die Linken)** noch mit, dass nach den letzten Ermittlungen des Landes folgende Aufteilung in den Betreuungszeiten bestehen würde.

15 % =	25 Stunden
50 % =	35 Stunden
35 % =	45 Stunden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Betreuungszeiten der Tageseinrichtungen für Kinder im Stadtgebiet Brühl zur Kenntnis.

5.2 Hilfen zur Erziehung: **hier: Rückkehrmanagement - Fallführung stationärer Maßnahmen mit Rückkehroption** **- Vorlagen-Nr. 57/06 p**

Ratsherr Weitz (SPD) fragt nach, welche personellen Auswirkungen der Einsatz des Rückkehrmanagements auf den Bereich des ASD haben wird.

Herr Schmitz (Verwaltung) erläutert den Personalansatz im Bereich Rückkehrfallmanagement.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

**5.3 Rahmenvereinbarungen zwischen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe im Rhein-Erft-Kreis und dem Schulamt des Rhein-Erft-Kreises
Vorlagen-Nr. 35/10 a**

Ratsherr Weitz (SPD) erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich der Schulung der Mitarbeiter bei der ARGE/Jobcenter.

Herr Schmitz (Verwaltung) führt aus, dass es eine kleinere Schulung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegeben hat.

Zu der Vorlage führt er weiter aus, dass nach Karneval mit Unterstützung eines Fachreferenten das Thema Kindeswohlgefährdung zunächst in den Grundschulen vorgestellt wird. Ziel soll es sein, ab Sommer 2011 nach und nach in allen Schulen eine Kinderschutzfachkraft zu benennen.

Fachbereichsleiter Nahlik ergänzt hierzu, dass diese Vorgehensweise von allen städtischen Schulen unterstützt wird.

Auf Nachfrage von **Sachkundigem Bürger Schmitz (fw/bVb)** bestätigt **Herr Schmitz (Verwaltung)**, dass die betreffende Person, die die Aufgabe der Kinderschutzfachkraft übernehmen soll, aus dem jeweiligen Lehrerkollegium der Schulen kommen wird.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

**5.4 Offene Ganztagschule im Primarbereich;
hier: Jahresberichte der OGS-Träger für das Schuljahr 2009/2010
Vorlage-Nr. 24/03 be**

Der Tagesordnungspunkt wird dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis vorgelegt.

Herr Miron (Stadtjugendring) bittet, darauf zu achten, dass die Berichte der einzelnen Träger zukünftig den gleichen Umfang haben sollten.

Gleichzeitig fragt er nach, wie der Trägerwechsel in der Melanchthon-Schule abgelaufen sei. Abschließend bittet er um nähere Erläuterung zu der Aussage des Trägers „Für Kinder e. V.“ im vorletzten Absatz „nicht ohne Grund wurde die OGS als Projekt von Schul- und Jugendhilfe auf Augenhöhe entwickelt. Hier sehen wir als Träger noch großen Nachholbedarf an der Melanchthon-Schule“.

Fachbereichsleiter Nahlik teilt hierzu mit, dass es zwischen der Schule, dem Träger der OGS und dem Schulträger zu keinen Problemen gekommen ist. Grundsätzlich habe sich der Verein aus dem Bereich der Betreuung der OGS-Schulen zurückgezogen. Schwerpunkt der Vereinsarbeit soll in Zukunft im Bereich der „Pädagogischen Weiterbildung“ von OGS-Trägern und anderen Vereinen liegen.

Er erklärt ausdrücklich, dass man in beiderseitigem Einvernehmen die OGS-Trägerschaft beendet habe.

Herr Miron (Stadtjugendring) fragt nach, aus welchen Gründen der OGS-Träger in seinem Bericht aufführt: „Problematisch sehen wir als Träger die bisherige Höhe der Fördermittel bei gleichzeitiger Forderung von hoher Qualität. Dies ist auf Dauer sicher nicht zu gewährleisten“ und ob die anderen Träger der Offenen Ganztagschule die derzeit gewährten Fördermittel pro Kind und pro Schuljahr als ausreichend ansehen.

Fachbereichsleiter Nahlik weist darauf hin, dass die Berichte der Träger zu einem Zeitpunkt erstellt wurden, bei dem die Fördermittel noch auf 1.230,-- € pro Kind und Schuljahr festgelegt waren. Ab dem Schuljahr 2010/2011 hat die Stadt auf die neue Situation reagiert und die Zuschüsse von 1.230,-- € pro Kind und Schuljahr auf 1.600,-- € erhöht. Hierdurch sind die Träger in die Lage versetzt worden, eine erhöhte pädagogische Betreuung zu gewährleisten.

Beispielhaft nennt **Fachbereichsleiter Nahlik** die Tatsache, dass nunmehr verstärkt Kooperationspartner (Musikschulen, Sportvereine etc.) mit in die Betreuung der Kinder eingebunden werden konnten und dies ein weiterer Schritt zur Qualitätsverbesserung in offenen Ganztagschulen darstellt. Zusätzlich erläuterte er, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen OGS-Träger, den Schulen und dem Schulträger besteht. Hier wird von allen Beteiligten die derzeitige Bezuschussung von 1.600,-- € pro Kind und Schuljahr als völlig ausreichend angesehen.

Hinsichtlich der Einrichtung der Gruppen kann man ein Erfolgserlebnis aufweisen. Es wurden für die Einrichtung von 20 Gruppen an 6 Brühler Grundschulen Investitionskostenzuschüsse in Höhe von 115.000,00 € pro Gruppe beim Land NRW beantragt und gewährt. Diese Gruppen sind auch termingerecht zu den vorgeschriebenen Zeitpunkten eingerichtet worden, sodass keine Zuschüsse, wie es bei vielen anderen Städten in NRW der Fall war, zurückgezahlt werden mussten. Hier ist in Brühl eine Punktlandung gelungen.

Herr Assenmacher (Caritas) führt aus, dass die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Caritas im Bereich der OGS-Schulen sehr gut ist. Für die Caritas als Träger der OGS an der St. Franziskus-Schule würden die gewährten Zuschüsse in Höhe von 1.600,-- € nicht ausreichen. Die Stadt Bonn und eine weitere Stadt würden höhere Zuschüsse als die in Brühl gewährten 1.600,-- € pro Kind und Schuljahr zahlen.

In Bonn lägen die Zuschüsse seit 2004 pro Kind und pro Schuljahr bei 2.000,-- €. Hier wären bereits Bestrebungen seitens der OGS-Träger und der Stadt Bonn, den Betrag von 2.000,-- € angemessen zu erhöhen, um den guten Betreuungsstandard weiterhin zu gewährleisten.

Fachbereichsleiter Nahlik antwortet auf die Ausführungen von **Herrn Assenmacher (Caritas)**, dass die Stadt Bonn hier nicht grundsätzlich als Beispiel herangezogen werden kann. Die Stadt Bonn ist eine der wenigen Kommunen, die höhere Zuschüsse als die von der Stadt Brühl gewährten 1.600,-- € zahlt. Im Vergleich zu den Nachbarstädten ist festzuhalten, dass die Stadt Brühl eine Spitzenposition einnimmt.

Bei den Neuabschlüssen der Verträge vor ca. sechs Monaten waren alle beteiligten OGS-Träger mit dem Pro-Kopf-Zuschuss von 1600,-- € einverstanden.

Es wurde in keinem Falle der Versuch einer Nachverhandlung gemacht.

Die Rückmeldungen der einzelnen Schulleiterinnen und Schulleiter wären nur positiv. Alle Träger der OGS leisten sehr gute Arbeit bei der Betreuung der Kinder.

Sachkundiger Bürger Schmitz (fw/bVb) erkundigt sich danach, ob man mit den kalkulierten Beiträgen und den tatsächlichen Kosten hinkommen wird.

---0 Fachbereichsleiter Nahlik teilt mit, dass noch nicht alle Daten für die konkrete Berechnung vorliegen würden. Er weist darauf hin, dass die Gebührenbefreiung von Geschwisterkindern unter Einbeziehung der Geschwisterkinder in Kindertagesstätten und in der OGS sowie die beschlossene Einführung einer weiteren Einkommensstufe Einfluss auf die Durchschnittshöhe der Elternbeiträge haben werden.

Die beiden sozialen Maßnahmen wurden im Laufe der politischen Beratungen über die Beitragssatzung beschlossen und konnten daher bei der Beschlussfassung der

Haushaltssatzung 2010 nicht mit berücksichtigt werden, da diese Beratungen nach dem Beschluss der Haushaltssatzung stattgefunden haben.

Abschließend weist er darauf hin, dass man bezüglich der Kosten in der Stadt Brühl sehr gut aufgestellt sei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

5.5 Offene und mobile Jugendarbeit; **hier: Jahresbericht des Arbeiter-Samariter-Bundes über die** **Jugendeinrichtungen „Passwort Cultra“ und „City-Treff“** **Vorlage-Nr. 39/95 v**

Zu dem Tagesordnungspunkt begrüßt **Vorsitzende Küster (CDU)** Frau Tauscher und Herrn Börger vom ASB. Den Ausschussmitgliedern wurde der Jahresbericht 2010 zur Verfügung gestellt.

Herr Börger (ASB) stellt anhand eines Videotrailers die Tätigkeit in der Jugendeinrichtung und „Cultra“ dar und berichtet noch über die verschiedenen Aktivitäten. Zusätzlich zu der Arbeit im „Cultra“ erläutert Herr Börger (ASB) die Tätigkeit in der mobilen Jugendarbeit. Hier wäre man dabei, zukünftig die Tätigkeit auszubauen und die Jugendlichen im Rahmen einer aufsuchenden Jugendarbeit anzusprechen.

Vorsitzende Küster (CDU) bedankt sich bei Herrn Börger für den informativen und umfangreichen Bericht. Bezüglich der Besucherzahl der Brühler Jugendlichen stellt sie fest, dass hier die Jugendeinrichtung „Passwort Cultra“ sehr gut angenommen und frequentiert wird.

Herr Miron (Stadtjugendring) stellt ebenfalls fest, dass man seitens des Stadtjugendringes darüber erfreut sei, dass die Jugendeinrichtung häufig von den Jugendlichen genutzt wird.

Er bedankt sich ausdrücklich beim ASB und der Stadt Brühl, dass die Jugendeinrichtung zur Verfügung gestellt werden konnte. Er fragt nach, ob und wie häufig die Angebote der Jugendeinrichtung „Passwort Cultra“ von den Schülern der Clemens-August-Schule angenommen werden. Aus dem Bericht sei zu sehen, dass der „City-Treff“ vorwiegend von Schülern der Clemens-August-Schule besucht wird. Konkret zur Seite 7 des Berichtes erkundigt er sich, aus welchem Grunde dort lediglich 1 % der Schüler der Clemens-August-Schule das Angebot bezüglich des Gruppenspieles bei der Fußball-WM 2010 am 18.06.2010 angenommen haben.

Herr Börger (ASB) führt hierzu aus, dass es sich hierbei um ein spezielles Angebot anlässlich der Fußball-WM gehandelt hat und dies über die Internetseite des Schüler-VZ abgewickelt wurde. Leider hätte diese Internetseite gerade bei der Clemens-August-Schule nicht funktioniert. Daher wäre das geringe Interesse zu erklären.

Seine Kollegin und er würden zukünftig versuchen, unter Mithilfe weiterer Kommunikationsmöglichkeiten mehr Schüler in den Brühler Schulen zu erreichen.

Sachkundiger Bürger Schmitz (fw/bVb) fragt nach, wie man mit der mobilen Jugendarbeit mehr Jugendliche auf den verschiedenen Brühler Plätzen erreichen kann und wem man einen eventuellen Bedarf melden kann.

Frau Tauscher (ASB) erläutert als zuständige Mitarbeiterin für die mobile und aufsuchende Jugendarbeit, dass man dies bereits im Stadtgebiet von Brühl ausgeweitet habe.

Anhand von Beispielen stellt **Frau Tauscher (ASB)** die Vorgehensweise bei der aufsuchenden Jugendhilfe dar.

Ratsherr Weitz (SPD) stellt Fragen zum „City-Treff“. Zum einen stellt er fest, dass die aufsuchenden Jugendlichen zu 80 % die Clemens-August-Schule besuchen. Er sieht hier die Gefahr, dass der „City-Treff“ als schulische Einrichtung und nicht als Einrichtung der Jugendhilfe wahrgenommen wird.

Zusätzlich entnimmt er dem Bericht, dass es bei den Jugendeinrichtungen „City-Treff“ und „Klasse-Treff“ Überschneidungen gibt. Hier sollten eventuell neue Überlegungen angestellt werden.

Zu den Überschneidungen erläutert **Frau Tauscher (ASB)**, dass die Jugendlichen, welche den „City-Treff“ aufsuchen, auch die Angebote des „Passwort-Cultra“ annehmen und dort ebenfalls an Veranstaltungen oder Events teilnehmen. Bezüglich der Nachfrage, ob der „Klasse-Treff“ als schulische Einrichtung angesehen wird, bestätigt Frau Tauscher dies in Einzelfällen. Man wäre jedoch dabei, durch Maßnahmen außerhalb des Schulbetriebes (z.B. Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern) mit den Jugendlichen im „City-Treff“ zu arbeiten, damit diese den „City-Treff“ nicht als schulische Einrichtung sehen würden.

Erster Beigeordneter Brandt ergänzt zu der Nachfrage vom **Sachkundigen Bürger Schmitz (fw/bVb)**, dass neben den Mitarbeitern des ASB auch die Mitarbeiter der Stadt Brühl (Mitarbeiter des Fachbereiches Jugend, Herr Bosseler etc.) als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Weiter verweist er auf die Ordnungspartnerschaften zwischen Ordnungsamt, Polizei und der mobilen Jugendarbeit. Je nach Bedarf würden hier Vorgehensweisen und Maßnahmen abgesprochen, da es durchaus auch kritische Situationen gibt. Hier steht dann im Einzelfall die Ordnungsgewalt im Vordergrund.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5.6 Spielraumplanung in Brühl; hier: Maßnahmenplanung 2011 Vorlagen-Nr. 149/88 eu

Vorsitzende Küster (CDU) stellt fest, dass die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen in der Arbeitsgruppe „Kinderspielplätze“ besprochen und vorab dort beschlossen wurden.

Ein weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, das Ausbau- und Sanierungsprogramm 2011 im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Anfragen

6.1 Kinder- und Jugendförderung;

hier: Anfrage des Rats Herrn Dr. Petran (SPD) in der Ratssitzung vom 08.11.2010 zur Belästigung einer Brühler Bürgerin
Vorlage-Nr. 99/88 ai

Erster Beigeordneter Brandt erläutert zu der Vorlage, dass man die Anfrage und auch die Beschwerde der betreffenden Bürgerin sehr ernst genommen habe. Er trägt aus einem Dankeschreiben der Bürgerin an die Kreispolizeibehörde vor. Darin teilt die Bürgerin mit, dass sie seit Anfang Dezember 2010 nicht mehr belästigt werde.

Rats Herr Weitz (SPD) teilt mit, dass ihm aktuell jedoch zugetragen wurde, dass es wiederum negative Vorfälle gegeben hätte. Dies könne auch der Nachbar von der beschwerdeführenden Bürgerin bestätigen.

Erster Beigeordneter Brandt weist nochmals auf seine vorherigen Ausführungen hin und bietet an, dass sich die beschwerdeführende Bürgerin sowie der Nachbar unmittelbar an die Stadt Brühl wenden können.

Unabhängig davon bittet er **Rats Herrn Weitz (SPD)**, der Verwaltung den Namen des Nachbarn mitzuteilen, damit auch seitens der Verwaltung Kontakt zu ihm aufgenommen werden kann. Erst wenn konkrete Hinweise bezüglich einer Belästigung vorliegen, könne von Seiten der Stadt Brühl reagiert werden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

6.2 Sicherung des Kindeswohl in Vollzeitpflege;

hier: Anfragen der Freien Wähler/Bürger-Vereinigung Brühl vom 31.10.2010
Vorlage-Nr. 128/89 ab, 128/89 ac

Sachkundiger Bürger Schmitz (fw/bVb) bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der von seiner Fraktion gestellten Anfrage.

Diese wäre durch die Vorlage ausführlich beantwortet. Ein weiterer Sprechbedarf besteht nicht.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

6.3 Multicenter-Projekt „Kinder ZUKUNFT NRW“

Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne)

Sie bittet um nähere Information über das Projekt

6.4 Sozialkonferenz

Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne)

Sie bittet um einen Erfahrungsbericht aus den bisherigen Sozialkonferenzen.

**6.5 Staatsanwalt vor Ort
Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne)**

Sie erkundigt sich nochmals nach dem Staatsanwalt vor Ort, der trotz mehrmaliger Ankündigung bisher noch nicht im Jugendhilfeausschuss berichtet hat.

Vorsitzende Küster (CDU) erläutert, dass der zuständige Staatsanwalt mehrmals eingeladen und angekündigt war, sein Kommen aber immer absagen musste.

**6.6 Folgekosten für die Auslagerung der Jugendverbände
Anfrage Ratsherr Weitz (SPD)**

Trotz seiner mehrfachen Anfragen wären weder er noch der Jugendhilfeausschuss bisher über die konkreten Kosten für den Umzug informiert worden.

**6.7 Entziehung der Berechtigung zur Kindertagespflege
Anfrage Ratsherr Weitz (SPD)**

Er fragt nach, ob in der Vergangenheit in der Stadt Brühl einer Person die Erlaubnis zur Kindertagespflege entzogen wurde.

**6.8 Entfristung der Arbeitsverträge in Kindertageseinrichtungen
Anfrage Ratsherr Weitz (SPD)**

Er bittet um Mitteilung darüber, ob zwischenzeitlich die befristeten Arbeitsverträge „entfristet“ wurden